

Der Posten vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., einzeln Bezahlungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Alle unterhalb eingehende Korrespondenz mit fernem Verfall überkommen. Rücksendung mit Zusatzenangabe: „Saale-Ztg.“ gefaltet.

Redaktions- und Druckereigebäude: Saale-Ztg. gefaltet.

Redaktion und Druck-Gelehrtsstelle: Halle, Gr. Braunschweig 17; Bezugsgelehrtsstelle: Markt 24.

Saale-Zeitung.

Verleger: J. J. J. J.

werden die Spaltenbreite oder deren Raum mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von untern Annahmestellen und allen Annahmestellen zu entnehmen. Reklamen der Zeit 75 Pfg.

Redaktion und Druck-Gelehrtsstelle: Halle, Gr. Braunschweig 17; Bezugsgelehrtsstelle: Markt 24.

Nr. 25.

Halle a. d. Saale, Dienstag, den 16. Januar

1906.

Zur Präsidentenwahl in Frankreich.

Am Mittwoch ist der große Tag in Frankreich, an welchem durch Mehrheitsbeschluß der Parlamente im Verfall der Kongress der neue Repräsentant der französischen Nation gewählt werden soll. Er ist nicht der leitende Staatsmann, nicht der Regent. Diese Funktion liegt dem Ministerpräsidenten ob, der in Lebensfrist mit dem Willen der Mehrheit der Deputiertenkammer und des Senats die Geschäfte des Staates zu führen hat.

Der erste wahre Republikaner auf dem Präsidentenstuhl war Jules Grevy, unter dem bereits der später von Waldeck-Roussieu und Combes erfolgreich zu Ende geführte Kampf gegen die Kongregationen, gegen die Herikal-nationalistische Mehrheit begann. Er unterdrückte im Jahre 1880 die Märzdekrete gegen die staatlich nicht anerkannten Kongregationen und unterfertigte im Jahre 1883 das Dekret gegen die Bräunigen von Orleans, womit der Monarchismus eine starke Niederlage erlitt.

Die Eingriffe der Republikaner in die Hereseverwaltung, die daraus resultierten, die höheren Kommandostellen der Armee, den Sünden der Aristokraten zu entreißen und mit Angehörigen der Republik zu besetzen, dequinierten ihn auf die Dauer, so daß er am 30. Januar 1879 seine Präsidentenwürde niederlegte, zumal er durch seine Staatsfeindschaft vom 16. Mai 1877 das Vertrauen eines großen Teiles seiner früheren Freunde erschütterte hatte.

Der erste wahre Republikaner auf dem Präsidentenstuhl war Jules Grevy, unter dem bereits der später von Waldeck-Roussieu und Combes erfolgreich zu Ende geführte Kampf gegen die Kongregationen, gegen die Herikal-nationalistische Mehrheit begann. Er unterdrückte im Jahre 1880 die Märzdekrete gegen die staatlich nicht anerkannten Kongregationen und unterfertigte im Jahre 1883 das Dekret gegen die Bräunigen von Orleans, womit der Monarchismus eine starke Niederlage erlitt.

Rau wurde Sadi Carnot, der unter Ferry und Freycinet als Verweher in die Präsidentschaft trat, gewählt, der von 827 abgegebenen Stimmen bei der engeren Wahl 616 auf sich vereinigte. Er hatte die schwereren Kämpfe gegen den Verfallungsprozeß durchzuführen, aus denen er siegreich hervorging. Aber zugleich fiel auch unter seine Präsidentschaft das bedeutende Ereignis der Abhaltung der Pariser Weltausstellung, deren Feste und Kongresse er in glücklicher Einschicht präsierte.

Der folgende Präsident war wieder ein Mann der Rechten im Bunde mit den gemäßigten Republikanern: Casimir Perier. Er bekleidete nur kurze Zeit die Würde eines Präsidenten. Zu den Fragen, die Frankreich damals im Innern beschäftigten, gehörte besonders die auch jetzt fürzlich wieder aufgeworfene, ob das Gesetz über die Bildung von Arbeiterinspektoren auch für die Staatsarbeiter Gültigkeit haben sollte oder nicht.

Felix Faure, Casimir Periers Nachfolger, wurde nach Waldeck-Roussieus Verzicht im zweiten Wahlgange mit 361 von 430 Stimmen gewählt. Er empfing im Jahre 1896 in Paris den Besuch des Zaren Nikolaus und begann als Präsident einen größeren Komplex zu entfalten, als den Republikanern lieb war. Die Verknüpfung der russisch-französischen Allianz fällt unter seine Präsidentschaft, ebenso die russisch-französischen Verbrüderungen in Konstantin und Petersburg.

Der einzige Präsident, der bisher seine siebenjährige Amtszeit imgehalten hat, ist der jetzt scheidende Emile Loubet. Auch er empfing den Besuch des Zaren und beauftragte das russisch-französische Bündnis durch seinen Gegenbesuch in Petersburg. Wie unter seiner Regierung der Dreyfusprozeß benannt wurde, wie die Parteien der Linken sich zum Bloß zusammenflossen, und unter Waldeck-Roussieu, unter Combes und dann unter Loubet die Kongregations- und Schulgesetzgebung, die Trennungsvorlage von Kirche und Staat zu Ende führten, ist bekannt.

Unter Loubet begann die Zeit der Annäherung der Nationen und die Ära der Spiedsgerichte. Möge das neue Frankreich unter seinem neuen Präsidenten auf dem Wege der Verständigung der Nationen fortschreiten und auch mit Deutschland die Annäherung derjenigen Verfassung und

Freundschaft in Angriff nehmen, welche die wirtschaftliche und kulturelle Fortentwicklung verlangt. Möge Frankreich und Deutschland sich in Maroffo zu gemeinsamer Friedensarbeit zu finden wissen.

Deutsches Reich.

Landgerichtspräsident Heule, seit September 1902 Präsident des Landgerichts in Osnabrück, vordem Landgerichtspräsident und seit 1896 Landgerichtsdirektor in Trier, ist gestorben.

Die Wahlrechtsbewegung.

Das diesjährige Reichstagswahlgesetz hat die Wahlrechtsbewegung in Deutschland zu einer energiegelichen Partei veranlaßt, eine energiegeliche Partei, für die die Verwirklichung des Dreifloßwahlrechts zu unternehmen. Es wird stark in Preußen gehandelt. Der Schluß des Flugblattes lautet: „Am Dienstag ist die russisch-polnische Volk im Kampfe um die ihm vorenthaltenen Wahlrechte; in Deutschland hingegen kämpft der deutsche Volk um die Verwirklichung des Dreifloßwahlrechts.“

Das preussische Sparkassenetz.

Dem Herrscher ist, wie schon kurz gemeldet, ein Gesetz entworfen über die Abregung von Sparkassenbeständen in Zubehören auszugeben; er lautet:

§ 1. Die öffentlichen Sparkassen haben von ihrem Vermögen mindestens 20 Prozent in mündelsicheren Schuldverhältnissen auf den Zubehör anzulegen, davon mindestens die Hälfte in Schuldverhältnissen des Reichs oder Preussens. Der zuständige Minister kann unter besonderen Umständen die Hälfte der öffentlichen Sparkassen in mündelsicheren Schuldverhältnissen anzulegenden Vermögensgegenstände auf 20 Prozent ansetzen.

§ 2. Bis zur Erreichung des in § 1 vorgeschriebenen Bestandes haben die betreffenden öffentlichen Sparkassen ihren Besitz an mündelsicheren Schuldverhältnissen auf den Zubehör in der Weise zu beschreiben, daß sie sich nicht weniger als zwei Drittel des Vermögens in der Weise beschreiben, die dem Reich oder Preussen über den den Sparkassen in mündelsicheren Schuldverhältnissen auf den Zubehör, und zwar in dem in § 1 vorgeschriebenen Verhältnis anlegen.

§ 3. Das Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1907 in Kraft.

Die Wahlrechtsfrage im Königreich Sachsen.

Geheimer Hofrat Döhl, der Führer der Konservativen in der zweiten sächsischen Kammer, hat am freien Ausbruch zu Vorbereitung von Wahlrechtsvorstellungen, der sich aus Mitgliedern der zweiten Kammer gebildet hat, den folgenden Vorschlag einer Reform des Wahlrechts zur zweiten Kammer unterbreitet:

1. Das gegenwärtig geltende, auf dem Dreifloßsystem und der indirekten Wahl beruhende Wahlrecht ist für die zur Zeit nach der Verfassungsurkunde in die zweite Kammer zu wählenden Abgeordneten bei der Wiederwahl beizubehalten, doch zur Erhöhung des Einflusses des Mittelstandes die Zahl der Abgeordneten auf 100 zu erhöhen, die von den wahlberechtigten Wählern entsprechend herabgesetzt wird. Es ist aber

2. die Zahl der Abgeordneten für die Städte Dresden und Leipzig um je 3, für Chemnitz um 2 und für Plauen und Zwickau um je 1 Abgeordnete zu erhöhen, und für die Wahl dieser Abgeordneten das allgemeine, die freie und unmittelbare Wahlrecht im Sinne des Dreifloßwahlrechts einzuführen.

3. Nach dem Vorgehen der Bundes- und Gewerkekammern und in Angleichung an diese sind Arbeiterkammern zu errichten, die der Regierung als beratendes und beratungsbefugtes Organ bei der Förderung der Arbeiterinteressen zu dienen haben.

Politisches.

Die diesjährige Generalversammlung des Bundes der Landwirte findet am 12. Februar in Berlin statt. Verhandlungsgegenstände werden vorwiegend folgende sein: Die von Reich und den Bundesvereinigungen zu den Reichsversicherungsanstalten. — Die Reichssteuerentlastungen.

Parlamentarisches.

Die Sitzungen sind schon in vorgeschriebener Weise für den 19. Januar festgesetzt. Der antwortliche Landtag ist zum 19. Februar nach Dessau einberufen worden.

Verwaltung und Rechtspflege.

Eine große Verammlung der Duellagener fand gestern in Frankfurt a. M. statt. Die Disziplin des Hohen Reichs wurde beschlossen die Bildung eines Ehrenrichters. Gewählt wurden 6 Richter und 20 Schöffen. Die Disziplin will sich vorerst ein Jahr diesen Richter unterwerfen. Die Fünftel der Richter wurden durch ein Ehrengericht gezeichnet, das nie auf ein Duell erkennen darf.

Kolonien.

Die Nord. Allg. Ztg. drückt den Wunsch aus, daß sich beim Kolonialrat mehr wie bisher jüngere Kräfte melden, die durch ihre Tätigkeit für eine Verbesserung der Verhältnisse in den Kolonien sorgen.

Vereinslicher Wanderversammlungen.

Am 15. Jan. 1906. In den „Kontrollblättern“ trat heute eine außerordentliche Konferenz vereinslicher Wanderversammlungen zusammen. Der Anlaß dazu geben insbesondere die von der preussischen

Regierung dem Reichstag vorgelagerten Gelegenheiten zum Schutze des Bauwesens. Der Vorort der deutschen Bauvereinigungen, Berlin, hat sich jedoch von den verschiedensten Seiten her einen heftigen Widerstand zu erheben begonnen. Als Vertreter der preussischen Staatsregierung war Herr Dr. v. Franke aus dem Handelsministerium erschienen. Von Nationalparlamenten ist man die Vva. Wallwitz, Guler, Meier-Wielefeldt. Auch einige außerpreussische Kommunen waren vertreten.

Der Vorsitzende Dr. S. A. Neidert-Weissenau bedauerte in seiner Eröffnungsrede das Fehlen der Vertreter der Bauvereinigungen und begründete die Nothwendigkeit der Einberufung eines Specialpreussischen Baukongresses.

Unter Gegenstand der Verhandlung war die Stellungnahme zu dem neuen Entwurf zur

Erhebung der Bauversicherungen.

In längerer Rede äußerte sich Herr v. Franke über die Nothwendigkeit der Erhebung der Bauversicherungen. Der vorliegende Entwurf der Bauversicherungsgesetze bedürfte der Ergänzung zur Sicherung der Bauversicherungen. Es ist an sich im Interesse des deutschen Bauwesens es an einen festem Fortschritt zu beziehen. Seine baldige Gesetzgebung ist dringend erwünscht. Damit das Gesetz nicht einen schiefen Verlauf nehme, sind folgende Anforderungen und Bestimmungen zu berücksichtigen:

1. Das Gesetz ist gleichmäßig auf das ganze Reichgebiet anzuwenden.
2. Das Gesetz soll nicht nur Neubauten, sondern auch größere Aus-, Um- und Erweiterungsbauten erfassen, und zwar nicht nur solche auf unbewohnten, auch solche auf bewohnten Grundstücken, sowie auch die landwirtschaftlichen Bauten bestimmter Art.
3. Der Bauvertrag ist auf jeder Baustelle einzutragen, die Bestimmung von deren Bestimmung durch Eintragung also zu treffen.
4. In § 11 sind zu streichen die Worte „... und der Eigentümer“ und die Worte „... zu bezeichnen“.
5. Neben dem bereits dem Bau einverleibten sollen auch solche Leistungen gefordert werden, die für den Bau schon gebräuchlich aber noch nicht angeordnet sind, vielmehr noch auf dem Bau Platz haben.
6. Die Versicherung der Bauversicherungen zu 4 Prozent soll vom Tage der Eintragung der Baupolypost zu beginnen.
7. In § 12 des § 14 Abs. 1 ist die Frist zur Anmeldung drei, nicht wie vorgeschrieben zwei Monate dauern.
8. Dem Bauversicherer ist nicht der Vorzug vor dem unbedingten Bauversicherer, sondern der gleiche Rang zu gewähren für die Leistungen, sowie auch die Bauversicherungen in dem Unfallgebot (§ 25) aufzunehmen.
9. In § 16 des § 25 soll der Bauversicherer berechtigt sein, mit einer Baupolypost in Höhe derselben die Viehschadenhaftung zu leisten.
10. Die für den Bau angeordneten Gegenstände, die demselben noch nicht einverleibt sind (Zinsen, Zinsen, Güter, Lehen, Erbe usw.), sowie die Abgaben, Steuern) sind dem Bauversicherer zu erhalten und deshalb anzuweisen Versicherung und Verpfändung zu erlauben.
11. Das Gesetz soll angewandtes Recht werden, also eine Bestimmung enthalten, daß entgegengelegte Bestimmungen unanwendbar sind.

Diesem Punkte ist eine eingehende Behandlung. Neben dem Eintrage der Bauversicherung über das Gesetz, werden auch von verschiedenen Seiten Zweifel erhoben, namentlich von Bauvereinigungen, Bauvereinigungen, welche ausdrücklich, doch trotz des Gesetzes immer noch 25 Proz. der dreifachen Bauversicherung unbedingte leisten werden können. Als Hauptziel wurde auch hervorgehoben, daß das Gesetz die Bauversicherung in gewisser Weise einschranken würde. Die Wichtigkeit der Bestimmung war jedoch darin einzig, daß der Gegenstand eine gute Grundlage für die Wünsche des Bauwesens. Die Konferenz hatte aber dem ersten Grundgedanken Sorge der Bauversicherer, welche die Bauversicherung zu begründen und seine Erhebung nicht hat erwidert. — Dann ging man zur Beratung der Abänderungsanträge über.

Das Verlangen der Wiesbadener Kammer (S. 1) der Versicherung, daß das Gesetz auf das ganze Reich anzuwenden ist, wurde abgelehnt. Der Entwurf der Versicherung, welche die Bauversicherung zu betreffen ist, wurde abgelehnt. Der Entwurf der Versicherung, welche die Bauversicherung zu betreffen ist, wurde abgelehnt.

Verpflichtungsänderung im Bauvertrage

und Begründung namens der Nürnberger Bauvereinigungen folgenden Antrag:

Der Hofe Reichstag wolle dem Entwurf über die Abänderung der Rechtsverordnung die verfassungsmäßige Zustimmung verweigern und die Reichsregierung ersuchen, baldmöglichst eine entsprechende Vorlage einzubringen, die den von den Reichstagen auf das öffentliche Wohl geleiteten Wünschen des deutschen Bauwesens Rechnung trägt.

In längerer Rede äußerte sich Herr v. Franke zu einem anderen Bauvereinigungen.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

So steht die Sache. Man zeige doch die alten Bünden nicht unähnlich an. Man zeige doch die alten Bünden nicht unähnlich an.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht der „Sonderzeitung.“)

(Schluß des Berichtes über den Morgenmessen.)

Nach der Erklärung des Reichstages am Morgen über die Zweite Lesung des Gesetzes über die Eintragung der Baupolypost. Der Reichstag hat am Morgen über die Zweite Lesung des Gesetzes über die Eintragung der Baupolypost. Der Reichstag hat am Morgen über die Zweite Lesung des Gesetzes über die Eintragung der Baupolypost.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

begünstigen mich. Ich gebe zu, die Erklärung des Reichstages ist offen, aber die moralische Wirkung hat er sich nicht überlegt. Der Reichstagsbeschluss ist ein Schritt von Berlin, für die das Gesetz nicht ist. Also, es ist heute kein Schritt, nicht einmal ein Schritt. Ich gebe zu, die Erklärung des Reichstages ist offen, aber die moralische Wirkung hat er sich nicht überlegt.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

M. A. v. Franke: Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie. Wir stehen auf dem Boden der Demokratie.

Ausland.

Die Krisis in Ungarn.

Im Interesse der Wiederherstellung geordneter Zustände im ungarischen Parlament wurde gestern mittags eine wichtige Besetzung abgehalten, an welcher Bedetti, Andrássy, Kossuth, Banffy, Graf Ferdinand Bihy und Andrássy teilnahmen. Ansehen erregt Unpopulär Abweisung von Herr Konterez.
Er erregt ferner Aufsehen, daß Erzherzog Josef, der am Sonntag in Wien beim Kaiser Franz Josef weilte, bei seiner Rückkehr nach Budapest in der Nacht von einem Wächter der Konstitution am Bahnhof erwartet wurde. Man will wissen, Erzherzog Josef sich in der Frage der Konstitution bei welchem nicht so sehr gegenüber, wie die Wiener militärischen Kreise. Der Erzherzog habe dies auch kürzlich dem Baron Fejervary in längerer Aussprache offen dargelegt.

Kirche und Staat in Frankreich.

Entsprechend den Ausführungsbestimmungen zum französischen Kirchengesetz wurde vor dem Präsidium vom Direktor der Staatsgüterverwaltung der Auftrag erteilt worden, zur Inventuraufnahme der Kirchengüter, Konkursanträge zu erstatten. Inzwischen ist die Kirche tabernakel zu öffnen. Die Bischöfe von Paris, Lyon und Chambéry sowie zahlreiche Bischöfe erklären deswegen an ihre Diözese, worin diese die Maßnahmen, die jedes katholische Geistesamt dieser Art müßte, entscheiden zu protestieren. Die Bischöfe stellen sich dabei in Bezug auf die Besetzung der in den Tabernakeln verwahrten Kirchengüter auszugeben und diese Abgabe eventuell mit ihrem Vorkaufrecht befähigen, aber niemals gestatten, daß die Tabernakel geöffnet werden. Einige Bischöfe geben den Parteien den Rat, an dem Tage, an dem die Inventuraufnahme erfolgen soll, die Kirchengüter aus den Tabernakeln zu entfernen. Der konterezistische Deputierte Goussard wird am 19. Januar in der Kammer über diese Angelegenheit interpellieren, der sozialistische Deputierte Bignon, der die Bischöfe dafür das Trennungsgesetz vor, erklärt in der Kammer, daß der Finanzkommission erteilte Auftrag eine ungeklärte und überflüssige Buntstift sei.

Der Wahlkampf in England.

Außer die Wähler (Wahlberechtigte) wurden von den Liberalen erobert: Wilson-Anderson, Weston, alle drei Bezirke von Bradford, Halifax, Widdowson, Manchester-Nordost, wo sich die unionistische Mehrheit von 706 Stimmen in eine liberale von 2472 Stimmen verwandelt. Manchester-Nordwest, wo 23 Unionisten von 611 gegen 2000 Stimmen der Liberalen erobert. Die Liberalen behaupteten sich, wie die „Fist. Sta.“ meldet, in Burn und Dew, wo sie beide die Mehrheit, in Dewport ebenfalls in beiden Sigen, in Walsley, Dewington-West und Widdowson, wo die liberale Mehrheit von 200 auf 693 liegt, in Scarborough, wo ihre Mehrheit von 107 auf 505 liegt, sowie in Scarborough und West.
Die Unionisten behaupteten sich dagegen in Burnley, Darlington und Dover, wo sie sich in beiden Sigen mit vergrößerter Mehrheit behauptete, ferner in Glastonbury, Salford-Süd und Blücher. Wähler eroberten die Unionisten keinen einzigen Wahlkreis.

Samuelson's unmittelbarer Anhang hat ebenso schwer gelitten, wie derjenige Balfours. Von acht parlamentarischen Schatzkammern wurden nur zwei gewählt, Balfour in Darlington und Parker in Graveland, unter 14 früher gewählten Tories. In beiden Fällen sind zwei Freie in die Wahl gekommen. In Darlington hat Balfour diesen wichtigen Sitzungen seinen Sommerurlaub wegen aufgeopfert. Bis jetzt sind a) und b) mit 66 Abgeordnete, wovon 7 Freie Nationalisten. Am Montag fanden 70 Wahlen statt, darunter 22 in London. John Burns wurde am Sonntag, da er wegen von Hebräer erkant war, eine Besichtigung verlassen. Wahlen entschieden zum ersten Male ein neues liberales Bismarck, genannt „Erhörer“.
In Leeds (Central) ist der frühere Minister Gerald Balfour (Unionist) unterlegen.

Der schwedische Reichshaushalt.

Nach der gestern dem Reichstag in Stockholm vorgelegenen Budgetvorlage beläuft sich der Etat mit 193,580,000 Kronen. Von den Ausgaben sind u. a. die des Ministeriums des Inneren um 1,485,000 Kronen erhöht, da der Beitrag Norwegens vergrößert. Für die Landesverteidigung werden 54,608,700 Kronen gefordert, für die Verteidigung zur See 24,092,000 Kronen. Gegenwärtig wird ein gemeinsamer Plan für die Verteidigung an Land und zur See aufgestellt. Mit Rücksicht hierauf enthält der Etat eine Forderung für den Bau neuer Kriegsschiffe. Für den Bau von Torpedobootschanzern und Torpedobooten sind 5,169,000 Kronen angesetzt. Ferner befinden sich unter den Ausgaben eine Million Kronen für den Bau der durch den Unionszoll entstandenen Anlagen. Für Eisenbahngüter sind 4,500,000 Kronen angesetzt. Die Ausgaben des Etats soll durch die nachfolgende Reduktion des 14,800,000 Kronen betragende Budgetüberschusses erreicht werden: Ertrag der Einkommensteuer 12 Millionen, Erhöhung verschiedener Stempelgaben und eine neue Stempelsteuer auf Aktien, die 2,800,000 Kronen einbringen soll und Erhöhung der Einkommensteuer von 60 auf 90 Cere pro Hektar.

Die Unruhen in Mexiko.

Nach einer Meldung aus Mexiko hat das energische Vorgehen der Behörden den Verlauf der revolutionären Exzesse gänzlich unter Kontrolle gebracht; deren Vetter verstanden, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Außer den verschiedenen Unruhenhäuptlingen stellte auch die Vertreibung der Gemeinden und Städte, die längere Zeit das Weiswasser beehauptet, ihre Aufgabe. In Mexiko wurden am Sonntag eine große Anzahl von Bombenentzündungen entdeckt; ferner wurden Militärregimente, Dolche, Revolver und 20,000 Patronen gefunden. Unter den in Mexiko wegen politischer Verbrechen gefangen sind mehrere Angehörige der höheren Beamtenklasse. In General (Walden) ist der Telegraphen-Betrieb wieder aufgenommen.

Weitere Ausstellungen in Wien.

Die „Kunsthalle“ veröffentlicht wiederum einige Ausstellungen des Grafen Wille über die Selbstverleumdung und über das kaiserliche Manifest vom 30. Oktober. Danach sagte Wille auf das kaiserliche Manifest, das Manifest, das wörtlich zu interpretieren ist, enthält kein Wort über die Verleumdung des Kaisers und der Rechte des Selbstverleumdung habe der Kaiser das Recht, das kaiserliche Manifest nicht aufzugeben, doch nehme er nicht zurück, was er bezeugt und aus gutem Willen gegeben habe. Bei einem andern Gespräch, berichtet das Blatt ferner, wies Wille auf die große geschichtliche Bedeutung des Manifestes für die Nation und den zwischen Kaiser selbst hin. Durch das Manifest habe der Kaiser freiwillig sich eines Rechtens seiner Rechte entäußert, in dem er diese in den Händen der im Manifest enthaltenen Verbündeten befristete. Daraus folgt, daß der Kaiser das Manifest nie zurücknehmen werde. Aufgabe der Reichskammer werde sein,

die neuen Grundlagen zu schaffen, die der Kaiser und die Reichskammer des Kaiser für nötig halten. Er hätte, würde streng auf dem Boden des Manifestes bleiben, es hinsichtlich des Inhalts und der Ableitungen daraus als vollständig und der praktischen Bedeutung entbehrend ablehnen.

Politische Anzweiflungen sind in den Gebieten von Wien und Linz ausgebrochen. Andererseits werden in Wien geleistet. Zur Unterstützung des Auslands hat Ministerpräsidenten abgelehnt.

Die Waraffo-Konferenz.

Die Wähler in Waraffo veröffentlichten Interimsergebnisse mit Wetzern zur Konferenz. Diese erklärten alle, daß sie die verabschiedeten Bestimmungen begutachten, man kann sagen, daß der allgemeine Wunsch herrscht, die Konferenz möge erfolgreich beenden. In der Großmünzstätte wird man sich zunächst mit der Prüfung der Vollmacht und der Wahl des Präsidenten sowie der Schriftführer beschäftigen. In letzteren werden voraussichtlich ein Franzose und ein Spanier gewählt. Ferner wird man sich über den Beginn der Sitzungen einlassen und alle Formalitäten erledigen.

Frankreich.

Der französische Marineminister Thomson gab gestern Abend ein Débat, an dem auch der deutsche Vizekonsul Herr Radoloff teilnahm.

Spanien.

Der spanische Ministerpräsident hat im Senat einen Gegenentwurf eingebracht, durch den die Strafgesetze wegen Vergehens gegen das Vaterland und des Verrats bedeutend verächtlich werden.

Meteorologische Station in Ode.

	16. Jan. (9 Uhr 12 Min. ab.)	16. Jan. (7 Uhr 12 Min. mg.)
Barometer Millimeter	758.6	757.0
Thermometer Celsius	3.9	4.2
Rel. Feuchtigkeit	71.9%	66.4%
Wind	SW 2	SW 2

Maximum der Temperatur am 15. Jan.: 6.7° C.
Minimum in der Nacht vom 15. zum 16. Jan.: 4.2° C.
Niederschlag am 16. Jan.: 7.0 mm.

Letztg: Otto Senn.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Widmann; für den literarischen Teil: Erich Gauthier; für die Provinzial-Anzeigen: Albert Perling; für das Fremden-Verzeichnis: Carl Romacker; Druck und Verlag von Otto Senn. Täglich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfasst 12 Seiten. —

Das ist aber wirklich zum verzweifeln!

Seit vier Wochen biete ich hier: Herr Weier ist krank. Seit vier Wochen kann ich nicht kommen! Frauenlein schreit laut auf! Und ich sitze da und weine mir vor Arbeit nicht zu helfen. Ich will Ihnen was machen. Herr Mann: bringen Sie 20 Mk. auf Goldschmuck! Und Sie, Frau, bringen Sie die 20 Grammigen Barock-Perle oder Mineral-Schmuck, aber sofort bitte. Die werden dann an das Personal verteilt, damit die ewigen Entschuldigungen einmal aufhören! Nur 85 Mk. die Schmelze in sämtlichen Stoffen, Tragen und Mineralverarbeiten zu haben.

Hamburger Engros-Lager **Leopold Nussbaum** Fernruf 378.
Gr. Ulrichstr. 60/61. Halle a. S. Barfüßerstr. 3/5. G. m. b. H.

Inventur-Räumungsverkauf.

Seidenstoffe.

Sortiment 1	Blusenseide Luisine, hochmoderne Streifen in den entzückendsten Farbenstellungen früherer Wert bis 2 ²⁰ Mk., jetzt	das Meter 125 " "
-------------	---	--------------------------------

Seidenstoffe.

Sortiment 3	Blusenseide Luisine mit abschattierten Merveilleux-Streifen. letzte Mode-Erzeugnisse, vornehmer Geschmack früherer Wert bis 4 ⁵⁰ Mk., jetzt	das Meter 225 " "
-------------	--	--------------------------------

Sortiment 2	Blusenseide Luisine in schwerer Qualität, wundervolle helle Karos, für Gesellschaftsblusen früherer Wert bis 3 ⁷⁵ Mk., jetzt	das Meter 195 " "
-------------	---	--------------------------------

Sortiment 4	Blusensammet aparteste Muster in gepresst und kariert, durchaus solid im Tragen früherer Wert bis 2 ⁰⁰ Mk., jetzt	das Meter 98 " "
-------------	--	-------------------------------

Ein Posten **Tuchroben** halbfertig,
schwarz und farbig mit Blenden und breiter Stickerei reich ausgestattet, vornehmer Geschmack
früherer Wert bis 60 Mk., jetzt **19⁵⁰**

Ein Posten seidene **Tüllroben** halbfertig,
schwarz und farbig, hochelegante Gesellschaftsroben, mit Spitzen und Band entzückend garniert
früherer Wert bis 50 Mk., jetzt **16⁵⁰**

Für je 20 Pf. Einkauf 1 Rabattmarke. Sämtliche oben angeführte Artikel sind in einem unserer Schaufenster übersichtlich zur Anschau gestellt. Für je 20 Pf. Einkauf 1 Rabattmarke.



